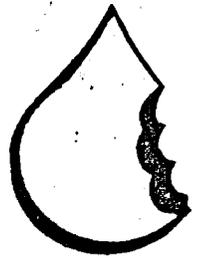


# Interessengemeinschaft Kommunale Trinkwasserversorgung in Bayern



## IKT-INFO-DIENST

Nr. 22/Sept. 90

CC

### Termine ... Termine ... Termine ... Termine ...

#### IKT-Landesversammlung 90

**Termin:** Samstag, 6. Oktober 1990, 10.<sup>30</sup>-16.00 Uhr; **Ort:** Pommelsbrunn (bei Hersbruck), Gasthof Vogel, Sulzbacher Str. 14  
**Tagesordnung:** u.a. Kurzbericht über die Grundwasserschutzmaßnahmen der Gemeinde Pommelsbrunn; Rechenschaftsberichte; ab 13.<sup>30</sup> Uhr: Fachreferat von Dr. Kriele (Ingenieur-Geologisches Institut Dipl.-Ing. Niedermeyer) über die Eingrenzung und Sicherung von Wasserschutzgebieten für Trinkwassergewinnungsanlagen und Maßnahmen zur Gütesicherung des Trinkwassers  
Gäste bei der Landesversammlung willkommen!!!

#### IKT-Informationstagung für den norddeutschen Raum

**Thema:** "Die kommunale Trinkwasserversorgung - als Hebel für sauberes Trinkwasser und flächendeckenden Grundwasserschutz"  
**Referenten:** Sebastian Schönauer (IKT-Vors.) und Peter Ethhöfer (IKT-Geschäftsführer)  
**Termin:** Samstag, 3. November 90, 10.<sup>30</sup>-16.00; **Ort:** Göttingen, Ballhaus Krone, Zollstock 15  
Anmeldung bei der IKT-Geschäftsstelle erwünscht!

## Kann Fernwasser die Trinkwasserprobleme lösen?

Welche Bedeutung hat die Versauerung von Boden und Wasser für unsere Gesundheit?

Nach der Bedrohung unseres wichtigsten Lebensmittels Wasser durch Überdüngung - Stichwort: Nitrat im Trinkwasser - und durch den Eintrag von giftigen Spritzmitteln - Stichwort: Pestizide im Trinkwasser - müssen die Menschen nunmehr erkennen, daß eine weitere tödliche Gefahr auf sie zukommt:

"Die Gewässer versauern zusehends."

Die Seen, Flüsse und Bäche der nördlichen Erdhalbkugel erleiden derzeit von Nordamerika und Kanada ausgehend über Skandinavien bis herein nach Mitteleuropa eine Versauerung ungeheuren Ausmaßes. Die Schlagzeilen in der Tagespresse lauten:

"Jetzt stirbt auch der Boden"

"Wenn der Bodenfilter nicht mehr arbeitet"

"Waldboden stark versauert"

"Blei in Bergquellen und Bächen"

"Gefahren für Trinkwasserspeicher" etc.

Was ist passiert?

Die Stoffe, die der Mensch als Autoabgase, Industrieabgase oder

als "einfachen" Ofenqualm in die Luft abgibt - Tausende von Tonnen täglich -, kommen als "saurer Regen" auf unsere Erde und damit auf unsere Böden zurück. Der Saure Regen greift dabei immer brutaler in das notwendige Gleichgewicht unserer Böden ein.

"Was hat denn diese Thematik mit der Beratungsarbeit der IKT zu tun? Die IKT soll uns doch 'nur' beraten, unser eigenes Trinkwasser behalten und eventuell sanieren zu können?" So werden sich manche unserer Mitglieder fragen.

Nun, die Antwort ist sehr einfach: Wenn unsere Kommunen, wenn unsere Verantwortlichen in den Gemeinden, im Landratsamt, im Gesundheitsamt, in der Regierung erkennen, daß nicht nur die Quellen oder Brunnen irgendeines Ortsteiles oder Ortes geschädigt sind, sondern unser gesamtes Trinkwasser in Gefahr gerät, geschädigt zu werden, dann können die "Ratschläge" nicht mehr lauten: Aufgabe unserer kommunalen Trinkwasserversorgung und Anschluß an die Fernwasserleitung. Es ist an der Zeit,

### IKT: adressen ... konto ... adressen ... konto ... adressen ... konto ...

- 1. Vorsitzender: .....Sebastian Schönauer, Setzbornstr. 34, 8751 Rothenbuch, Tel. 06094/457
- 2. Vorsitzender: .....Dr. Ernst Schudt, Hammerschmiede 2, 8947 Frechenrieden, Tel. 08392/221
- Landesgeschäftsführer: .....Peter Ethhöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, Tel. 0931/461071
- Landesschatzmeister: .....Friedrich Kropf, Kirschenallee 16, 8602 Burghaslach, Tel. 09552/18
- Schriftführer: .....Irene Stibert, Sauerbruchstr. 4, 8580 Bayreuth, Tel. 0921/31080
- Beisitzer: .....Lothar Buchstaller, Halbrunnenweg 66, 6980 Wertheim, Tel. 09342/4158
- .....Hans Deim, Voggendorf, 29, 8809 Bechhofen, Tel. 09822/1429
- .....Dieter Hoch, Burgstr. 1, 8573 Pottenstein, Tel. 09243/1808
- .....Wolfgang Keim, Rosenstr. 5, 8620 Reundorf, Tel. 09571/5664
- .....Dietmar Malich, Hauptstr. 16, 8359 Aicha v. Wald, Tel. 08544/8645
- .....Andreas Vonnahme, Schneiderei 1, 8399 Schmidham, Tel. 08506/443
- .....Norbert Zimmermann, Ulmenweg 4, 8481 Parkstein, Tel. 09602/5167
- IKT-Konten: .....Sparkasse Neustadt/Aisch-Bad Windsheim (BLZ 762 510 20), Kto-Nr. 810 081 323
- .....Spendenkonto: Nr. 810 081 711 - Die IKT ist als gemeinnützig anerkannt.
- verantwortl.: .....Peter Ethhöfer, Mainstr. 54, 8702 Margetshöchheim, Tel. 0931/461071

daß in unserem Land ein flächendeckender Grundwasserschutz durchgesetzt wird! Nur die Erhaltung der eigenen Brunnen und kommunalen Versorgungen wird uns in Bayern und anderswo vor dem Schicksal von Los Angeles bewahren. Trotz (oder besser wegen?) gewaltiger Fernwasserbeleitungen herrscht dort akuter Notstand.

Ähnliches können wir in Oberfranken erleben: Zur "Absicherung der Eigenversorgung" wurde ein Stausee gebaut. Dann wurden möglichst viele Kommunen angeschlossen. Prompt gaben diese ihre Eigenversorgung auf. Jetzt wird den Oberfranken vom Bayer. Landesamt für Wasserwirtschaft "empfohlen", sich zur Absicherung ihrer Trinkwasserversorgung an die Leitung anzuschließen, die aus dem Lechmündungsgebiet an der Donau (!) Fernwasser herbeipumpt. Trinkwasser aus 350 km herbeizupumpen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit!? Logisch? Nein? Ökologisch? Nein? Ökonomisch? Nein? Aber eine Planung der Bayer. Staatsregierung! Ist jetzt alles klar?

Wir von der IKT sagen Ihnen ganz klar: Wer seine Eigenversorgung aufgibt, gefährdet auf Dauer die eigenen Lebensgrundlagen!

Lebensgrundlagen, die heute bereits stark bedroht sind: Luft, Trinkwasser, Grundwasser, Seen, Flüsse, Bäche sind verdrückt und vergiftet, die Böden sind ausgelaugt, versalzen und von Erosion bedroht.

Wem nützt dies alles? Die Bauern müssen ihre Höfe aufgeben. Die Verbraucher erhalten schlechtere Nahrungsmittel. Die Dritte Welt verhungert. Die letzten Rohstoffe werden verschwendet. Seuchen und neuartige Krankheiten bedrohen unser Leben.

Wem nützt dies alles? Die Bilanzen der großen Konzerne schnellen in die Höhe! Wird dadurch die Schöpfung bewahrt? In der Bayer. Verfassung steht der Satz:

"Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, **BODEN, WASSER und LUFT als NATÜRLICHE LEBENSGRUNDLAGEN** zu schützen, eingetretene Schäden möglichst zu beheben oder auszugleichen und auf möglichst sparsamen Umgang mit Energie zu achten..."

Wenn wir unser Leben betrachten, werden wir schnell merken, daß wir ziemlich genau das **GEGENTEIL** davon tun!

Die meisten Gemeinden haben bereits das Richtige getan. Sie haben ihre eigenen Trinkwasserversorgungen erhalten, und viele sind bereits dabei, ihre eigenen Quellen und Brunnen zu sanieren. Trinkwasserschutzgebiete werden verstärkt ausgewiesen und wesentlich vergrößert. Düngeverbote werden durchgesetzt. Der Pestizideinsatz im Wassereinzugsgebiet müßte nun gänzlich verboten werden. Doch dazu brauchen wir gesetzliche Verbote des Staates. Maßnahmen wurden wie üblich in der Politik angekün-

## Worte, die zu denken geben ...

In den letzten Monaten hat sich immer deutlicher gezeigt, daß die Pestizide im Grund- und Trinkwasser zum Knackpunkt in der ganzen Trinkwasserdiskussion werden. Einerseits glaubt unsere konventionelle Landwirtschaft, ohne diese Segnungen der Chemie nicht mehr wirtschaften oder zumindest keine nennenswerten Erträge erwirtschaften zu können. Und andererseits ist eine sensibilisierte Öffentlichkeit nicht mehr bereit, alles im Trinkwasser zu schlucken, besonders wenn es sich um medienbekannte Chemikalien wie das Atrazin handelt. Erste Reaktionen ließen auch nicht auf sich warten: Wenn es nach den Ankündigungen der Politiker geht, wird Atrazin auf deutschen Äckern nur noch bis zum Jahresende versprüht werden.

Andererseits hat Atrazin-Hersteller Ciba-Geigy geharnischten Widerspruch gegen die Zulassungsverweigerung für Atrazin bei der Biologischen Bundesanstalt eingelegt, die in der Vergangenheit all die Mittelchen der Agrochemie wegen ihrer angeblichen Harmlosigkeit und Ungefährlichkeit zugelassen hat, die wir heu-

digt. Doch nichts geschah.

Die IKT wird weiterhin auf zwei Ebenen arbeiten:

Wir werden die Kommunen beraten, wie sie ihrer Aufgabe Nr. 1, der Trinkwasserversorgung, besser gerecht werden können und



"Ihr Boden ist todkrank, er hat ungefähr 30 Jahre Ruhe nötig."

wie sie ihre eigenen Versorgungen erhalten und sanieren können.

Die zweite wichtige Aufgabe aber ist es, zusammen mit den Umweltorganisationen, wie z.B. dem Bund Naturschutz in Bayern, der in diesen Wochen sein 100.000stes Mitglied erwartet, neue gesetzliche Regelungen, klare Verbote und finanzielle Zuschüsse für die Gesundung unseres Trinkwassers zu fordern!

Auch Sie können dazu viel beitragen: Prüfen Sie alle Politiker/innen, die sich auf egal welcher Ebene zur Wahl stellen, ob sie bereit sind, sich - ohne Fraktionszwang - für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen einzusetzen. Wer diesem Maßstab nicht standhält, sollte für Sie und Ihre Familie nicht als Vertreter in den demokratischen Gremien in Frage kommen.

Trinkwasserschutz ist Menschenschutz.

Sebastian Schönauer  
Landesvorsitzender IKT Bayern

te frisch aus deutschen Landen in der Kaffeetasse oder im Suppentopf vorfinden können. Es bleibt also abzuwarten, ob das von Ciba-Geigy hochgelobte Mittel tatsächlich vom Markt verschwindet. Originalton Ciba-Geigy: "Atrazin ist ein erprobtes und bewährtes Mittel zur Unkrautbekämpfung. Die Wirkungen von Atrazin auf Mensch und Umwelt sind umfassend geprüft und bewertet worden..."

Bestenfalls werden wir es in Zukunft mit anderen PSM oder Ersatzstoffen zu tun haben, die aber über kurz oder lang ebenfalls im Grundwasser ankommen werden, deren "Vorteil" aber darin besteht, daß sie weniger medienbekannt und schlechter auszusprechen sind. Oder glauben Sie, daß sich ein Journalist allzu oft an 2,4,5-Trichlorphenoxyessigsäure versucht?

Gerade, weil bei den Pestiziden die verlogene Vermischungs- und Verwässerungs-ideologie der Fernwasserstrategen jämmerlich kapitulieren muß und weil sich in unseren Organismen die chemischen Schadstoffe aus den verschiedensten Bereichen un-

serer Zivilisation anhäufen, werden wir diese chemische Belastung noch ernster als das Nitratproblem nehmen müssen. Es sei denn, wir sorgen uns - rein theoretisch - um das ungeborene Leben, akzeptieren jedoch fatalistisch handfest krebserregende und erbgutschädigende Stoffe, ohne mit der Wimper zu zucken.

In diesem Zusammenhang sollten uns die Erkenntnisse der bundesweiten Lebensmitteluntersuchung des Bundesgesundheitsamtes zu denken geben, bei der in fast allen untersuchten Lebensmitteln teilweise erhebliche chemische Rückstände festgestellt wurden. (SZ v. 9.8.90: "Schadstoffe sind unser täglich Brot")

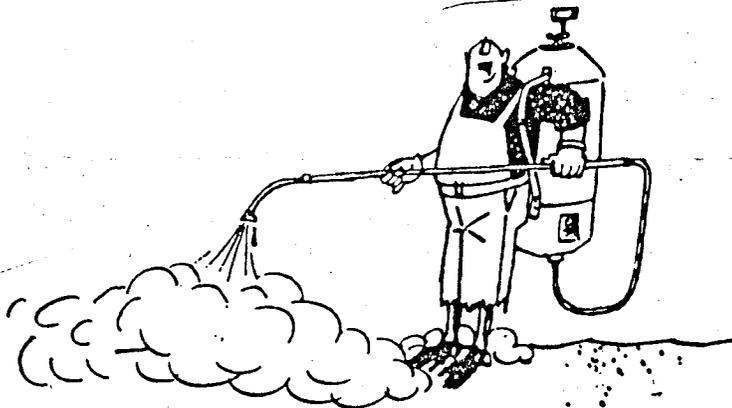
Weil das PSM-Problem einen so großen Stellenwert hat, drucken wir hier einen bemerkenswerten Brief von Dr. Wolfgang Ritter an den baden-württembergischen Umweltstaatssekretär Werner Baumhauer ab. Der Wertheimer Arzt Dr. Ritter, CDU-Stadtrat und einer der engagierten Sprecher der Wertheimer BI "Brunnensanierung statt Bodenseewasser", brachte die Problematik auf den Punkt.

P. Ethhöfer

"Sehr geehrter Herr Baumhauer!

Ich bedanke mich auf diesem Wege nochmals für unser Gespräch vom 30.5.90. Ich darf noch einmal unser Hauptanliegen präzisieren:

Es hat sich in den letzten 15 Jahren gezeigt, daß sehr viele in der Landwirtschaft angewendeten Pestizide oder deren Matabolite chemisch äußerst stabile Langzeitgifte sind, die weder in der freien Natur noch im menschlichen Organismus hinreichend abgebaut werden können. Sie werden in praktisch allen Organen des Menschen gespeichert, insbesondere im Knochenmark, im Fett-



gewebe, Bindegewebe, den Bandscheiben und in den Fortpflanzungsorganen, zudem sind sie embryotoxisch und erbgutschädigend. Sie sind im Neugeborenen zu finden, bereits vor der ersten Nahrungsaufnahme, und in der Muttermilch. Freilich, welche exakt reproduzierbaren Schäden sie einzeln, in der Summe oder im Synergismus im menschlichen Organismus bewirken, ist weitgehend unbekannt, auch in 100 Jahren ist noch nicht alles erforscht. So lange kann man doch nicht mit Verboten warten!

Pestizide haben grundsätzlich nichts im menschlichen Organismus zu suchen. Von den 304 bei uns zugelassenen Grundsubstanzen gehören ca. 250 verboten, nicht nur in der Anwendung, schon in der Herstellung. Sie gelangen über das Trinkwasser und in weitaus größerem Maße über die Nahrungskette und als Aerosole in der Atmosphäre in den Menschen. Sie sind eine maßgebliche Ursache für zunehmende Allergien aller Art, Sonnenaller-

gien gerade bei Kindern, denn Pflanzenschutzmittel werden auch im Unterhautgewebe gespeichert und reagieren unkontrolliert mit dem UV-Licht der Sonne. Sie sind maßgeblich verantwortlich für die seuchenartige Zunahme von Bandscheibenerweichung als Systemerkrankung mit der Folge von operationsbedürftigen Bandscheibenvorfällen. Diese "Zivilisationskrankheiten" sind nicht zu heilen, solange der Input nicht per Gesetz gestoppt wird. Da es sich bei den Pestiziden um kumulierende Gifte handelt, nützt auch eine vorsorgliche Grenzwertphilosophie nichts. Der Schadstoffpool im Menschen wird voll, in 5 oder in 10 Jahren, je nach Grenzwertfestlegung, aber er wird voll! Die höhere Vernunft ist nicht vom Landwirt oder der Industrie zu erwarten, sondern von Personen, die mit hohen Staatsaufgaben betraut sind. Humantoxikologische Überlegungen müssen den Vorrang haben vor wirtschaftlichen Überlegungen.

Wo immer die Vertreter der Bürgerinitiative "Brunnensanierung statt Bodenseewasser" bei Behörden vorsprachen, wir stießen nur auf Menschen, die uns klarzumachen versuchten: das geht nicht ... aus rechtlichen Gründen, aus wirtschaftlichen Gründen, aus EG-Gründen, aus Gründen des offenen Marktes, des Wettbewerbs, usw.

Ich bin nur Mediziner und kann Fachbehörden keine Patentrezepte liefern, wie man humantoxikologische Erkenntnisse politisch richtig umsetzt. Das zu tun, ist in Ihrem Amt, sehr geehrter Herr Baumhauer, durchaus möglich, Sie haben auch die Möglichkeit, nützliche Querverbindungen herzustellen. Leichter fällt es mir, die SchALVO zu kritisieren, denn sie bringt keine Abkehr von ökologisch falschen Bewirtschaftungsmethoden mit viel fragwürdigem Kontrollaufwand und teuren Ausgleichszahlungen. Wir stellen uns Ausgleichszahlungen vor für pestizidfreie und chemisch düngemittelfreie Anbaumethoden. Auf Pestizide mit W-Auflage können wir uns nicht einlassen, sie sind lediglich nicht so leicht wasserlöslich, sind aber nicht weniger giftig und erreichen den Menschen über die Nahrungskette in gleicher Weise. Wir meinen, keine Subventionen für größere Güllegruben, sondern für Festmistwirtschaft und Jauche-Vorbehandlung, keine Subventionen für Flächenstilllegung, Umbruch, Nichtumbruch oder Abschlachtpremien, sondern für Bio-Anbau mit Milchwirtschaft.

Erst müssen Pestizide verboten werden, dann regenerieren sich auch wieder die natürlichen Bodenbakterien, die Grundlage für die Bodenfruchtbarkeit und die wichtigste schadstoffabbauende Filterschicht. Erst dann lösen sich die Nitrat- und Trinkwasserprobleme von selbst.

Das hat nichts mit Naturschwärmerei zu tun, sondern ist das Resultat reiflicher Überlegungen. Auch wir sind realistisch genug, um zu wissen, daß Betriebsumstellungen auf Bio-Anbau 5 bis 7 Jahre benötigen, aber irgendwo muß man doch damit anfangen und politische Zeichen setzen.

Gewinnstreben und goldene Zuschüsse haben schon immer die Landwirte beflügelt. Gestalten Sie die SchALVO um. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Baumhauer, helfen Sie uns bei der praktischen Umsetzung von ökologischen Anbaumethoden zuvorderst in Wasserschutzgebieten, die schrittweise vergrößert werden können. Das Wertheimer Modell wird Schule machen, wenn auch Sie, sehr geehrter Herr Baumhauer, es ernsthaft wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. med. W. Ritter

## ... rund ums wasser

### Wird Fernwasser knapp?

Bei der Fernwasserversorgung Mittelland (FWM) wird offensichtlich das Fernwasser knapp. Die Verbandsversammlung nahm zwar den Markt Randersacker im Landkreis Würzburg in den Zweckverband auf, die Wasserlieferung machte man jedoch von einem höheren Wasserangebot abhängig. Zu diesem Zwecke

will man die Brunnengalerien bei Erlach und Rodenbach sanieren und die vereinbarte Liefermenge vom Fernwasserverband Franken (FWF) voll ausschöpfen. Zusätzlich will man nun auch die Grundwasservorkommen bei Hofstetten (Lkr. Main-Spessart) anzapfen. Deshalb rührt sich in diesem Raum deutlicher Widerstand gegen das Abpumpen großer Fernwassermengen.

Die weiterhin übliche Praxis von Wasserwirtschaft, Fernwasser-verbänden und Kommunen, die eigenen Wasservorkommen nicht zu sanieren, sondern Totalanschlüsse mit möglichst hohen Vertragsmengen ans Fernwasser vorzunehmen, hat auch dazu geführt, daß der Hafenlohrtspeicher im Spessart noch immer nicht aus dem Regionalplan gestrichen worden ist.

### Mehr, aber schlechteres Fernwasser

Die Fernwasserversorgung Franken vermeldete im Stil einer Erfolgsmeldung, daß die FWF im letzten Jahr 8,8 % mehr Wasser als im Vorjahr geliefert habe. Insgesamt rauschten 17,7 Mio. m<sup>3</sup> durch das Netz. Sorgen bereitet der FWF allerdings die Wasserqualität. Nach Auskunft der FWF lägen z.Z. alle Brunnen unter dem Nitratgrenzwert. Etliche liegen allerdings so knapp darunter, daß manche Gemeinden ihr eigenes nitratbelastetes Wasser mit dem FWF-Wasser nicht mehr unter den Grenzwert mischen können. Bei den Brunnen im Bereich Volkach/Astheim überschreitet die FWF häufig den Pestizidgrenzwert. Eine Entspannung der Situation erwartet sich die FWF, wenn über die im Bau befindliche 52 km lange Leitung aus dem mittelfränkischen Raum Lechwasser in Sulzfeld am Main beigemischt wird. Wegen der ständigen Verschlechterung der Wasserqualität hat die FWF außerdem ein Büro beauftragt, die Wasserschutzgebiete Uehlfeld I und II und Haslach auf eine mögliche Erweiterung zu untersuchen.

### Die "Fernwasser-Nationalhymne"

Nicht von der Maas bis an die Memel, sondern vom Main bis an die Pegnitz und vom Lech bis an die Saale reichen derzeit die Pläne und Planfeststellungsverfahren der großbayerischen Fernwasserstrategen. Selbst ein Anzapfen thüringischer Stauesee scheint nicht mehr ausgeschlossen. Dabei zeigt es sich, daß das Uferfiltrat aus dem Lechmündungsraum immer mehr zum Hauptstandbein der bayerischen Fernwasserversorger werden soll. Derzeit bastelt man an der Hauptschlagader zwischen Erlangen und Bamberg. Nachdem der Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen (Fernwasserversorgung Fränkischer Wirtschaftsraum - FWF) sich bereits weitgehend aus dem Lech versorgt, soll nun die Verbindung zur Fernwasserversorgung Oberfranken (FWO) bei Bamberg hergestellt werden, die sich bislang hauptsächlich aus der Ködeltalsperre bei Mauthaus versorgt. Bereits im Bau ist der 52 km lange Ast nach Unterfranken (Sulzfeld bei Kitzingen), wo die Fernwasserversorgung Franken (FWF) ihr nitrat und PSM-belastetes Wasser mit dem Lechwasser verdünnen will. Aber auch mittlere Zweckverbände, die in Bayern offiziell nicht als Fernwasserversorger geführt werden, sollen offensichtlich mit dem Fernwasser beglückt werden. So ist derzeit mit dem entsprechenden Druck aus dem Landesamt für Wasserwirtschaft die Aurach-Gruppe dabei, sich kräftig abzurunden, natürlich mit Hilfe des Fernwassers. Unklar ist nur noch, ob es von der Ködeltalsperre oder vom Lech kommen soll. Im Grunde genommen ist das aber egal, da die beiden Giganten demnächst eh eine Leitung verbindet. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Lechmündungsgebiet auf Dauer tatsächlich das Faß ohne Boden ist, das die Wasserprobleme Nordbayerns lösen kann. Zumindest darf bezweifelt werden, daß die derzeitige Leitung für derartige Mengen ausgelegt ist.

Außerdem scheint uns schon seltsam, daß das Landesamt vor einigen Jahren die Stadt Augsburg vor dem Lechuferfiltrat gewarnt hat und mit der Verweigerung von Zuschüssen gedroht hat, weil der Lech CKW-belastet sei. Und jetzt will man dieses Wasser in alle bayerischen Fernwassernetze einspeisen.

Das Beispiel der Aurach-Gruppe zeigt deutlich den neuen Weg der bayerischen Wasserwirtschaft, dort werden z.Z. Gemeinden wie Burgwindheim ans Fernwasser gezwungen, weil die eigene Versorgung angeblich nicht bezuschußt werden kann. Man "beglückt" die Bürger, die mehrheitlich das eigene Wasser bevorzu-

gen und die Segnungen aus der Fernwasserwerkstatt am Münchener Franz-Josef-Strauß-Ring nicht gerade mit Begeisterung aufnehmen, durch die Hintertür. Pro forma bleiben die Zweckverbände bestehen, als Fernwasserverteiler. Teilweise gründet man zu diesem Zweck sogar neue kleine Zweckverbände, obwohl man genau weiß, daß in deren Gebiet kaum Wasser zu finden ist. Langsam fragt sich allerdings, ob das Lechmündungswasser wirklich halb Nordbayern mitversorgen kann. Zumindest dürfte die Leitung bald überlastet sein, wenn man weiter das Wasser in Bayern im Kreis mischt, um die Schadstoffe zu verdünnen.

### Da staunt der "Fachmann"

Wenn man in Bayern als IKT-Vertreter zu Gemeinden mit Trinkwasserproblemen kommt, fühlt man sich an das bekannte Rennen zwischen Igel und Hase erinnert. Wo man auch hinkommt, haben die Herren aus der Obersten Baubehörde und der Wasserwirtschaft bereits die Weichen gestellt: Entweder ist nach der Auskunft der Fachbehörden weit und breit kein Wasser zu finden, oder der Fernwasseranschluß ist mit Abstand die wirtschaftlichste Lösung, so daß es natürlich nur hierfür und nicht für die Sanierung der eigenen Versorgung Zuschüsse gibt.

Daß die einflußreichen Herren aus München auch nur mit Wasser kochen bzw. manchmal nur noch mit heißer Luft hat sich in den Haßbergen gezeigt. In Aidhausen nahe Hofheim in Unterfranken hatte man Probleme mit den Nitratwerten. Laut Landesamt für Wasserwirtschaft gab es weit und breit kein Wasser, das man mit einer Bohrung erschließen könnte, und außerdem sei der Anschluß an den ZV Lendershäuser Gruppe sowieso die wirtschaftlichste Lösung, und allein die könne bezuschußt werden.

Als Hintergrundinformation muß man wissen, daß die Planer bereits am grünen Tisch die Fernwasserleitung der FWO bis nach Hofheim in Nordunterfranken gelegt haben und jetzt dort bereits das Fell bzw. das Ködeltalsperrenwasser verteilt werden soll. Deshalb hat man auch versucht, den Ortsteilen Nassach und Friesenhausen, wo bestes Wasser gefördert wird, das von der Quelle mit freiem Gefälle in die Häuser läuft, den eigenen Wasserhahn abzdrehen und sie ans überregionale Netz anzuschließen.

Und was dann in Aidhausen passiert ist, kann man nur als Musterbeispiel von Verantwortungsbewußtsein und Bürgersinn bezeichnen: Eine Gruppe von Bürgern, darunter 3 Gemeinderäte und der neue Bürgermeister Häpp, brachten 15.000 DM auf und ließen vom Haßfurter Dipl.-Geologen Marquardt eine Bohrung niederbringen, die ein sensationelles Ergebnis brachte. An der vom Würzburger Geologieprofessor Udluft ausgesuchten Stelle stieß man in 37 m Tiefe auf hervorragendes Wasser. Der Langzeitpumpversuch brachte eine Schüttung von 11 l/sec bei nur 2 mg/l Nitrat. Auch der Härtegrad von 17,9 ist für Unterfranken recht gut.

Bei einer Gemeinderatssitzung Ende Mai waren dann auch der Brunnenbauer und die Vertreter vom Landesamt und vom Wasserwirtschaftsamt Schweinfurt zugegen. Selbst die beamteten Fachleute mußten eingestehen: "Ein sehr schönes Ergebnis, sowohl von der Qualität als auch von der Menge her."

Gelackmeiert fühlten sich allerdings besonders die Gemeinderäte, die sich auf das Urteil der Fachleute verlassen hatten, daß es in den Haßbergen kein Wasser gebe. Die Herren aus München hatten eine plausible Erklärung für ihre falsche Weissagung: "Der Theologe war noch nie oben, der Geologe noch nie unten." Zu deutsch heißt das doch: "Nichts Genaues weiß man nicht." Aber man behauptet mit dem Brustton des gut bezahlten Fachmanns, daß weit und breit kein Wasser zu finden sei. Man entscheidet damit über Millionen von Zuschüssen, die dann aus der Steuerzahlertasche für teure Fernwasserleitungen gezahlt werden müssen. Und man spricht damit auch das Todesurteil für die örtlichen Wasserversorgungen, die so nicht mehr saniert, sondern

aufgegeben werden. Und man versetzt letztendlich dem flächendeckenden Grundwasserschutz, den man in Sonntagsreden immer so hochjubelt, den Todesstoß. Und das ist das Schlimmste, weil hier krisensichere und lebenswichtige Grundwasservorräte für immer vernichtet werden.

Wenn unsere Vorfahren so mit der Wasserversorgung umgegangen wären, gäbe es uns gar nicht, die Menschheit wäre schon vor Jahrhunderten auf unermeßlichen Grundwasservorräten verdurstet. Das Konzept der Wasserwirtschaft und der Ingenieurbüros heute ist doch so simpel wie hirnrissig: Suchst Du Wasser, dann bohre doch die nächste Fernleitung an, dann findest Du bestimmt Wasser. Und Zuschüsse gibt's dafür auch noch!

Man muß leider noch hinzufügen, daß Aidhausen kein Einzelfall ist. Auch auf der anderen Seite der Haßberge in den Bad Königshofener Ortsteilen Aub, Gabolshausen und Untereßfeld ist nach amtlichem Bekunden natürlich auch kein Wasser zu finden. Ich konnte es bei einer Stadtratssitzung in Bad Königshofen, bei der ich die Haltung der IKT darstellen durfte, mit eigenen Ohren aus dem Munde von Herrn Frisch (Landesamt) hören. Die örtliche Bürgerinitiative, die unter der engagierten Führung von Heinrich Schweinfest seit vielen Jahren für die Erhaltung der dortigen Hausbrunnen kämpfte, wäre sogar bereit gewesen, in eigener Regie einen Brunnen bohren zu lassen und die Hausbrunnen durch ein kleines zentrales Netz zu ersetzen. Zwischenzeitlich haben die Kommunalwahlen einiges verändert, so daß die Ortsteile von Bad Königshofen wieder mehr Chancen sehen, eine eigene Versorgung aufzubauen. Gegen ihren Plan, diese Versorgung in der Rechtsform eines Wasserbeschaffungsverbandes zu betreiben, legt sich allerdings noch das Landratsamt quer. (Siehe auch "wasser & recht")

Trotzdem sollte man sich durch die Widerstände der Behörden nicht von vorneherein entmutigen lassen, es gibt auch Lichtblicke. So ist die Stadt Hammelburg mittlerweile bei Bohrungen auf ein ergiebiges Wasservorkommen mit nur 8,7 mg Nitrat gestoßen, und auch sonst deutet sich zumindest zaghaft eine Trendwende in der Wasserwirtschaftspolitik an. In Aidhausen erklärte nämlich Bauoberrat Pillhofer vom Wasserwirtschaftsamt Schweinfurt, daß der Staat heute eher bereit sei, eine eigenständige Wasserversorgung zu unterstützen, auch wenn sich Mehrkosten gegenüber einem Anschluß an andere Anlagen ergäben. Vor 2 Jahren hatte Pillhofer noch erklärt, für die eigene Anlage gebe es keine Zuschüsse, selbst wenn ein Anschluß an die Lendershäuser Gruppe auch nur um 500 DM billiger käme. P.E.

## 20 Fernwasserfürsten

Die IKT hat schon immer auf die problematische Interessenverquickung der Landräte hingewiesen. Einerseits sind sie Chef der unteren Wasserrechtsbehörde, die auf die Wasserqualität und die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu achten haben. Und andererseits sind sie Vorsitzende der Fernwasserverbände und als solche natürlich auf das Wohl ihres Verbandes bedacht. Wenn das nicht zu Interessenskonflikten führen muß!

Bei einigen Landräten haben wir noch dazu den Eindruck, daß ihnen das Fernwasser über alles geht. Die IKT hat deshalb bereits vor Jahren FWF-Landrat Robert Pfeifer zum Rücktritt aufgefordert. In letzter Zeit haben dies offensichtlich auch andere getan. In einer Kreisausschußsitzung im Februar meinte der Landrat des Kreises Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, wer seinen Rücktritt fordere, sei dumm wie die Nacht. Wem die Regelung beim Vorsitz des Fernwasserverbands nicht passe, der solle auswandern.

Fragt sich nur wohin, wenn es demnächst keine DDR mehr gibt? Nach dem Motto "Geh doch rüber" hat man Unzufriedene und Kritische doch gerne in diese Richtung verwiesen.

Zur Person des Landkreis- und Fernverbandsfürsten fällt uns nur ein: Früh krümmt sich, was ein Robert der XIV. werden will.

## Ansprechpartner für Anfragen aus der DDR

Da der Info-Dienst auch in der DDR gelesen wird, kommen in letzter Zeit häufiger Anfragen aus der DDR. Herr Stephan Schmidt (8670 Hof, Schwalbenweg 74) hat sich bereit erklärt, im Rahmen seiner Möglichkeiten derartige Anfragen zu beantworten.

## Bechhofen konsequent für Eigenwasser

Bechhofen im Landkreis Ansbach bemüht sich weiterhin konsequent um die Erhaltung der Eigenversorgung in seinen Ortsteilen. Bereits in der Vergangenheit hat der Marktgemeinderat in zwei Ortsteilen mit Hausbrunnen durch ein geologisches Büro die Sanierungsmöglichkeiten prüfen lassen. Dabei stellte sich heraus, daß eine Versorgung mit einem zentralen Brunnen je Ortsteil durchaus machbar ist.

Jetzt beschlossen die Bechhöfer, zwei Ortsteile exemplarisch daraufhin untersuchen zu lassen, wie teuer Hausbrunnensanierung, Einzelbrunnenversorgung und Fernwasser von der Reckenberggruppe kommen.

## Offenhausen will nicht an die Hammerbachtalgruppe

Offenhausen im Landkreis Nürnberger Land soll mit den meisten seiner Ortsteile auf Druck der Behörden an den Zweckverband Hammerbachtalgruppe anschließen. Obwohl die Nitratwerte nur knapp über 20 mg/l und die PSM-Werte deutlich unter dem Grenzwert liegen, sind die Quellen im Karstgebiet nach Ansicht der Fachbehörden nicht zu schützen. Nach einigen kleinen technischen Verbesserungen wurden allerdings seit 1983 im Offenhausener Wasser nie mehr Keime festgestellt. Die Oberste Baubehörde hat aber trotzdem die Bezuschussung der Rohrnetz-erneuerung von einem Anschluß an den ZV abhängig gemacht. Da die Gemeinde, selbst Mitglied der IKT, nach Ansicht mancher Bürger sich dem Anschlußdruck nicht deutlich genug widersetzt hat, bildete sich in Offenhausen eine BI für die Erhaltung der eigenen Wasserversorgung, die das Einzugsgebiet der Quellen von dem Nürnberger Geologen Dr. Heimbucher in Augenschein nehmen ließ. Dieser beurteilte die Schützbarkeit durchaus positiv, zumal das Einzugsgebiet kaum landwirtschaftlich genutzt ist und dort artenreicher Mischwald vorherrscht.

Am 14.9. machte die BI mit einer hervorragend besuchten Informationsveranstaltung gegen den Zwangsanschluß mobil. IKT-Geschäftsführer Peter Ethöfer, der sich bei einer vorhergegangenen Ortsbegehung äußerst verwundert darüber zeigte, daß für die Quellen nach Ansicht der Behörden kein Schutzgebiet ausgewiesen werden könne, rief die Bürger Offenhausens auf, für ihr eigenes Wasser zu kämpfen. Er bezeichnete es als Skandal, daß die Kosten für den ZV ganz offensichtlich "künstlich" niedrig gehalten worden seien, damit die ZV-Lösung als die "wirtschaftlichste" Lösung bezuschußt werden könne. Wohl nicht zu Unrecht wurde dies als Manipulation bezeichnet. Um die Sanierung der Eigenversorgung finanziell ins Abseits zu drängen, hat man der Gemeinde Offenhausen zugesagt, daß sie bei einem Anschluß an den ZV den "Eintrittspreis" in Höhe von weit über 1 Mio. DM erlassen bekomme.

Bereits am 2.12.1982 hat Baurat Keckl vom Wasserwirtschaftsamt Nürnberg den Gemeinderäten lt. Gemeinderatsprotokoll erklärt: "Ortsteil Egensbach: Anschluß an die Hammerbachtalgruppe DM 722.000,-. Sanierung der bestehenden Anlage DM 592.000,-, wobei sicherlich geringere Zuschüsse als beim Anschluß an die Hammerbachtalgruppe zu erwarten wären." Vor diesem Hintergrund braucht man sich nicht zu wundern, wenn landauf, landab die Fernwasserlösungen immer die angeblich wirtschaftlichere Lösung sind. Zusätzlich muß man berücksichtigen, daß beim Fernwasseranschluß in der Regel nie die immensen Vorinvestitionen eingerechnet werden, die mit dem Geld der Steuerzahler hoch bezuschußt worden sind.

Am Schluß der Veranstaltung forderten alle Anwesenden (ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung) den Gemeinderat auf, den Anschlußbeschuß an die Hammerbachtalgruppe rückgängig zu machen und ein Schutzgebiet für die Quellen durchzusetzen. MdL Dr. Ritzer (SPD) sagte den Bürgern seine Unterstützung zu. Entgegen anderslautender Beteuerungen der Staatsregierung wird also die Sanierung der kommunalen Eigenversorgung durch die Zuschußvergabe bewußt hintertrieben. Die IKT wird sich deshalb überlegen müssen, ob sie nicht mit rechtlichen Mitteln gegen diese auch der Bayer. Verfassung widersprechende Praxis vorgehen kann. Offenhausen ist nämlich kein Einzelfall. Auch den Burgwindheimer Kommunalpolitikern hat man klipp und klar in der Obersten Baubehörde erklärt, daß es für die Sanierung der Eigenversorgung kein Geld gebe.

Kontaktadresse: Werner Mertel, Gartenstr. 5, 8561 Offenhausen

### Aurachgruppe als Sprungbrett zur FWO?

Bei Veranstaltungen in Burgwindheim und Pommersfelden konnte IKT-Geschäftsführer Ethhöfer feststellen, daß die Bevölkerung mehrheitlich entschieden gegen den Anschluß an den Zweckverband Aurachgruppe ist. Inzwischen zeichnet sich ab, daß die Aurachgruppe gar nicht in der Lage ist, das Gebiet zu versorgen, das ihr in den Schubladenplänen der Obersten Baubehörde zugedacht ist. Deshalb wird nach unseren Informationen mit Sicherheit Fernwasser aus der Fernleitung zwischen Erlangen und Bamberg zugemischt, die in Kürze gebaut werden soll. Das heißt im Klartext, daß die Steigerwaldgemeinden auf dem Umweg über die FWO Ködeltalsperrenwasser oder noch wahrscheinlicher Lechmündungswasser beziehen werden. Denn für dieses Wasser wird die Fernleitung nach Bamberg gebaut. Es ist wahrscheinlich, daß man mit diesem Wasser auch Teile der Fränkischen Schweiz beglücken will. Dort verstärkt sich nämlich der behördliche Druck auf Gemeinden mit Eigenversorgung beträchtlich.

### Brunnenbauer für Kiblegg gesucht!

Die BI für dezentrale Wasserversorgung (BDW) in Kiblegg (Baden-Württemberg) hat sich die Erhaltung der ca. 300 Gemeindebrunnen zum Ziel gesetzt. Auf Initiative der BI hat die Gemeinde beim Allgäu-Institut in Wangen ein Gutachten über die Sanierbarkeit der Hausbrunnen (meist Schachtbrunnen) in Auftrag gegeben. Auf der Grundlage dieses Gutachtens hat nun der Ge-

## wasser + recht ...

### Gesetzentwurf über Wasser- und Bodenverbände

Im letzten Info-Dienst haben wir darüber berichtet, daß die IKT z.Z. untersucht, ob kleine Orte oder Ortsteile oder auch Hausbrunnengemeinschaften ihre dezentrale Wasserversorgung evtl. als sog. Wasserbeschaffungsverbände organisieren können und sich so vor dem Druck der Landratsämter retten können.

Unsere Bitte um Mithilfe ist nicht ohne Echo geblieben. Dies freut einen als IKT-Geschäftsführer, der für den IKT-Info-Dienst verantwortlich ist, besonders. Zeigt es doch, daß er zumindest ab und zu genau studiert wird. Bereits wenige Tage nach Erscheinen des letzten Info-Dienstes bekam die IKT-Geschäftsstelle einen Anruf von Frau Reymers, der für Umweltschutz zuständigen Referenten der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, die uns auf den Entwurf eines "Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände" aufmerksam machte und uns den Entwurf auch postwendend sandte. Für uns sind solche Informationen Gold wert, da wir als rein ehrenamtlich arbeitender Verband auf solche Informationen und auf jede Unterstützung dringend angewiesen sind. Mittlerweile haben uns auch einige Verbände ihre Satzung überlassen, so daß wir im nächsten Info-Dienst auf diese Thematik näher eingehen können.

Vorab nur einige Hinweise: Immer häufiger sind Landratsämter

meinderat am 5.9. den Ausbau der Zentralwasserversorgung einstimmig abgelehnt.

Da in einer ganzen Reihe von Fällen die Brunnen saniert werden müssen, sucht die BDW dringend einen "Sanierungsberater", der innerhalb eines Rahmenvertrags auf eigene Rechnung für die Brunnenbesitzer tätig werden soll. Am besten wäre ein "pensionierter" Brunnenbauer geeignet, der sich mit Schachtbrunnen auskennt und der Sanierung solcher Anlagen (nicht nur der Neubohrung) positiv gegenübersteht. Interessenten können sich wenden an: Michael Verderber, Oberrot 7, 7964 Kiblegg, 07563/8259

### Tips für Landwirte

Wer vom Extensivierungsprogramm Gebrauch machen will, muß vor Beginn der Extensivierungsmaßnahme bis spätestens zum 31.10. seinen Antrag beim Amt für Landwirtschaft einreichen. Voraussetzung ist, daß er sich mindestens für die Dauer von 5 Wirtschaftsjahren zu Extensivierungsmaßnahmen verpflichtet. Bei der Extensivierung des gesamten Betriebes liegt die Prämie bei 425,- DM/ha, bei der Extensivierung der Getreideerzeugung bei 300,- DM/ha. Extensivierungsmaßnahmen im Weinbau werden mit Prämien von 1204,- bis 1416,- DM/ha honoriert. Das entsprechende Merkblatt ist bei den Landwirtschaftsämtern erhältlich.

### Mittlere Wurzeltiefe von Zwischenfrüchten

sehr tief 150-300 cm	tief 80-150 cm	weniger tief bis 80 cm
Lupine	Ackerbohne	Weißklee
Rotklee	Erbse	Zottelwicke
Sonnenblume	Saatwicke	Peluschke
Luzerne	Senf/Raps/Rübsen	Serradella
Ölrettich	Phacelia	

Viele der aufgeführten Pflanzen (z.B. Lupine, Rotklee, Luzerne usw.) sind allerdings als Stickstoffsammler in Wasserschutzzonen problematisch. Besonders geeignet sind Kreuzblütler.

### Aktion Sauberes Trinkwasser

Die Verbraucher Initiative, Breite Str. 51, 5300 Bonn 1, bietet für 10,- DM (als Verrechnungsscheck) ihre recht informative Infomappe zur Aktion Sauberes Trinkwasser an.

bemüht, den Wasserverbänden, manchmal auch Wassergenossenschaften genannt, das Leben schwerzumachen. Einigen Ortsteilen von Bad Königshofen, die ihre Wasserversorgung auf der Basis eines Wasserverbands organisieren wollten, hielt das Landratsamt Rhön-Grabfeld u.a. vor, die Rechtsstruktur der Wasserverbandsverordnung (WVO) von 1937 sei überholt und entspreche nicht mehr den modernen Vorstellungen einer öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörperschaft. Außerdem wurde behauptet, der Wasserbeschaffungsverband könne keinen Anschluß- und Benutzungszwang durchsetzen, so daß die Verpflichtung zur Wasserversorgung für solche Grundstücke demnach weiterhin bei der Stadt liege.

Der neue Gesetzentwurf will offensichtlich derartige Einwände entkräften, so daß allein der Hinweis auf das Entstehen der WVO in der vordemokratischen Zeit kein ausschlaggebendes Argument mehr sein kann. Als Zielsetzung des Entwurfs (Bundestagsdrucksache 11/6764) wird im Vorspann ausdrücklich festgestellt, daß das Recht damit an heutige demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse angepaßt werden soll. Wörtlich heißt es weiter: "Außerdem sollen die Wasser- und Bodenverbände im Hinblick auf die sich wandelnden Verhältnisse im ländlichen Raum mit neuen landeskulturellen Aufgaben betraut

werden." Anders als vom oben zitierten Landratsamt behauptet, sieht das Wasserverbandsgesetz in § 9 durchaus eine Zwangsmitgliedschaft vor: "Beteiligte, die der Errichtung des Verbands nicht zugestimmt haben, sind - auch gegen ihren Willen - als Verbandsmitglieder heranzuziehen."

Die IKT begrüßt es, daß den Wasserverbänden, die in der Vergangenheit oft wahre Musterbeispiele für Bürgersinn und soziale Gesinnung waren, mit diesem Gesetz eine Überlebenschance geboten wird. Eine detaillierte Würdigung des WVG-Entwurfs ist in Vorbereitung.

### Richtwerte für Nitrat im Feldsalat

Nicht zu Unrecht wird immer wieder darauf hingewiesen, daß für Trinkwasser relativ strenge Grenzwerte gelten, während besonders pflanzliche Lebensmittel dagegen stark mit Nitrat oder Pestiziden belastet sein dürfen. Für Nitrat in Lebensmitteln gibt es z.B. keine rechtlich verbindlichen Grenzwerte, sondern nur Richtwerte. Der Richtwert für Feldsalat liegt bei 2500 mg/kg und für Rettiche und Radieschen bei 3000 mg/kg. Zu der Belastung kommt es vor allem durch die hohe Stickstoffdüngung. Besonders hoch liegen die Werte bei Salat und Spinat bei Unterglasanbau. Hier können Werte bis zu 5000 mg Nitrat pro Kilogramm erreicht werden.

### IG Reundorf gibt nicht auf

Die Stadt Lichtenfels versucht bereits seit Jahren eine Reihe von in der IG Reundorf zusammengeschlossene Hausbrunnenbesitzer zwangsweise ans zentrale Netz anzuschließen. Die Reundorfer hatten bislang dem Lichtenfelser Bußgeldbescheid getrotzt. Mittlerweile war ihr Fall vor dem Verwaltungsgericht Bayreuth anhängig. Die IG Reundorf argumentierte u.a. damit, daß das Lichtenfelser Wasser schlechter als das eigene Brunnenwasser sei, so daß ein Anschluß nicht zumutbar sei. Regelmäßig würden vor Wasseruntersuchungen erst die Hydranten gespült, weil sonst eine braune Brühe herauslaufe. Außerdem lägen die Lichtenfelser Brunnen unterhalb einer Mülldeponie, das Wasser käme zudem aus einem Karstgebiet und sei mit PSM, Phenolen und Keimen belastet.

Der Leiter der Lichtenfelser Stadtwerke meinte dagegen vor Gericht, Gülle und PSM von der Landwirtschaft belasteten das

Hausbrunnenwasser im Maintal mehr als das Lichtenfelser Wasser im Karstgebiet, auch die Asbestleitungen beim zentralen Netz seien unbedenklich.

Das Verwaltungsgericht wies die Klage der IG Reundorf erst einmal zurück. Die Begründung steht noch aus. Mündlich meinte allerdings Gerichtspräsident Dr. Platz, es komme nicht darauf an, ob das Brunnenwasser gut sei oder nicht, sondern, ob das Wasser aus der Lichtenfelser Leitung zumutbar sei. Die IG Reundorf hat bereits angekündigt, daß sie auf jeden Fall in die nächste Instanz gehen werde. Ansprechpartner: W. Keim (s. Adressenliste S. 1)

### Besseres Wasser durch neue Verordnungen?

In Kürze rechnet man in Folge des Drucks der EG mit der Verabschiedung der neuen Trinkwasserverordnung (TrinkV) durch den Bundestag, die zwar einige neue Regelungen, aber kaum besseres Wasser bringen wird. (Wir berichteten bereits.) Problematisch ist u.a., daß die Regenwassernutzung und andere wassersparende Maßnahmen unterbunden werden sollen, weil die TVO auch für Toiletten und andere brauchwasserintensive Bereiche im Haushalt Trinkwasserqualität vorschreiben will.

Strengere Grenzwerte wird es u.a. auch für geogene Stoffe wie Arsen geben. Einen neuen Parameter soll es für Fäkalstreptokokken geben. Sinnvoll ist, daß der Geltungsbereich der TVO auch auf die Hausinstallation ausgeweitet werden soll.

Insgesamt wird sich dadurch aber die bundesdeutsche Trinkwassermisere kaum in den Griff bringen lassen, wie sich am Beispiel der Pestizide leicht nachweisen läßt. Untersuchungen eines Analyseinstituts ergaben, daß praktisch jede zweite TW-Anlage PSM-kontaminiert ist, wobei die Konzentrationen bei jeder sechsten bis siebten Anlage den Grenzwert entweder erreichen oder gar überschreiten.

Wie wenig die strengen EG-Werte bislang zur Verbesserung der Trinkwasserqualität beitragen konnten, zeigen Beispiele aus dem Ausland. Wegen der Atrazinvergiftung des Grundwassers in Norditalien erhöhten die dortigen Behörden den Grenzwert zunächst auf das Zehnfache, dann auf das Siebzehnfache. Die Engländer operieren bei Atrazin mit einem Grenzwert von 30 µg/l. Die Österreicher haben diesen Wert 1988 auf 2 µg/l herabgesetzt. Die US-EPA empfiehlt einen Atrazin-Grenzwert von 3 µg/l, in Kalifornien werden aber z.B. 15 µg/l toleriert.

## ... firmen & adressen

Ingenieur-Geologisches Institut Dipl.-Ing. S Niedermeyer, 8821 Westheim, Tel. 09082/73-0: In der im letzten Info-Dienst veröffentlichten Firmenliste haben wir übersehen, daß die Fa. igi nicht nur ingenieurgeologische Leistungen erbringt, sondern auch Analysen (Wasser, Boden, Klärschlamm usw.) durchführt, Sanierungspläne für Wassereinzugsgebiete erstellt und umsetzt und auch Anlagen projektiert. So lag z.B. die Errichtung der Aschaffener Rindenmulch-Denitrifikationsanlage in den Händen von igi.

Merck, Darmstadt: Nitratbestimmung in Lebensmitteln  
Merck bietet jetzt mit "Bioquant" einen Reagenziensatz zur Nitratbestimmung in Lebensmitteln an. Der Satz für 50 enzymatische Bestimmungen ist allerdings nicht ganz billig; 128 DM muß

## ... aus politik & verwaltung

### Trinkwassersituation in Niederbayern

Der Landtagsabgeordnete Dr. Kestel (GRÜNE) hat sich in einer Landtagsanfrage nach der Trinkwassersituation in Niederbayern erkundigt. Laut Antwort der Staatsregierung (Drucksache 11/15794) wird bei 27 Trinkwasseranlagen (4,1 % des abgegebenen Wassers) der Nitratgrenzwert überschritten. Interessant ist auch, daß bei der Untersuchung von 300 durch Versauerung der Niederschläge gefährdeten Wassergewinnungsanlagen im Baye-

man dafür hinlegen. Die Ergebnisse liegen nach ca. 30 min vor. Messungen, die von Bürgerinitiativen bislang mit den Wasser-teststäbchen bei Lebensmitteln durchgeführt wurden, waren zwar wesentlich billiger und zeitsparender. Diese Messungen dürften allerdings recht ungenau gewesen sein.

Mit Nitrat-Messungen kann man dem Bürger recht gut demonstrieren, daß nur eine generelle Trendwende bei den Landwirtschaftsmethoden und beim Verbraucherverhalten, nicht aber Fern- oder Mineralwasser unsere Gesundheit garantieren können.

Umweltinstitut München e.V., Elsässer Str. 30, 8 München 80, Tel. 089/488707: Sanierungskonzepte für nitrat- u. PSM-belastete Wassereinzugsgebiete, hydrogeologische Erkundungen, Wasseranalysen

rischen, Oberpfälzer und Frankenwald, Fichtelgebirge und Spessart bei 60 Anlagen erhöhte Aluminiumgehalte festgestellt wurden. Im Bayerischen Wald wurden im Rohwasser bis zu 1 mg/l gemessen. Der Grenzwert liegt bei 0,2 mg/l.

Durch eine weitere Anfrage von MdL Kestel (Drucksache 11/14953) wurde bekannt, daß der ZV Ruhstorfer Gruppe Nitratwerte um 40 mg/l aufwies. Zwischen 1987 und 1989 wurden dort bis zu 0,28 Mikrogramm Atrazin und bis zu 0,24 Mikro-

gramm Desethyltrazin nachgewiesen.

Zur Einzelbrunnenfrage schrieb das Innenministerium: Nach Art. 40 der BayBO dürfen Gebäude mit Aufenthaltsräumen nur errichtet werden, wenn eine ausreichende Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser gesichert ist. Eine Versorgung aus Einzelbrunnen entspricht diesen Anforderungen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß eine ausreichende Wassermenge zur Verfügung steht und die chemischen und bakteriologischen Analysen sowie Lage, Art und baulicher Zustand der Wasserfassung eine einwandfreie Wasserqualität garantieren.

Das Vorhandensein einer eigenen Versorgungsanlage begründet nur bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen die Befreiung vom Anschluß- und Benutzungszwang durch die Kommune. Hat der Grundstückseigentümer z.B. hohe Aufwendungen für die Eigenanlage getätigt, die sich im Betrieb noch nicht amortisiert haben, so kann seinem Befreiungsantrag - auch befristet - stattgegeben werden.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß von dem Betroffenen keine Grundgebühren erhoben werden können. Andererseits stellt das Ministerium fest, daß der Bau einer öffentlichen Wasserversorgungseinrichtung für sich keine Handhabe bietet, private Brunnen unbrauchbar zu machen.

#### Stuttgarter Landesregierung soll der IKT beitreten

Diese Forderung erhob die baden-württembergische GRÜNEN-Bundestagsabgeordnete Dora Flinner aus Boxberg. Dort könne sich die Regierung bei Landesgeschäftsführer Peter Ethhöfer über erfolgversprechende Sanierungsbemühungen für schadstoffbela-

stete Trinkwasserversorgungen kundig machen.

Dr. Dieter Thoma, der Leiter des Wahlkreisbüros von Dora Flinner, hatte einen Fragenkatalog an die Stuttgarter Regierung zur Trinkwassersituation im Main-Tauber-Kreis ausgearbeitet, auf den die Regierung nur äußerst dürftige Antworten wußte. Nachdem die Wertheimer Bürger per Bürgerentscheid die Stadt Wertheim zur Sanierung der eigenen Brunnen verpflichtet hatten, ist der von der Stuttgarter Landesregierung geplante Anschluß des ganzen Main-Tauber-Kreises an die Bodeseewasser-Versorgung fraglich. Die GRÜNEN fragten deshalb u.a. nach Maßnahmen gegen den übermäßigen Wasserverbrauch und gegen die hohen Wasserverluste, nach über die SchALVO hinausgehenden Extensivierungsmaßnahmen und nach Fördermöglichkeiten für die Grundwassersanierung. Weil die Antwort des baden-württembergischen Umweltministeriums dessen Konzeptionslosigkeit und erhebliche Informationsdefizite deutlich machte, empfahlen die GRÜNEN der Landesregierung den IKT-Beitritt.

#### CSU lehnt Trinkwasseranhörung im Landtag ab

Bereits 1988 hatte die IKT in einem Schreiben an die 3 Landtagsfraktionen eine Anhörung zu Trinkwasserproblemen gefordert. Die GRÜNEN haben die Anregung der IKT aufgegriffen und einen entsprechenden Antrag gestellt, der nach jahrelanger Verschleppung am 12.7.90 mit den Stimmen der CSU (bei einer Enthaltung) abgeschmettert wurde. Die CSU vertrat die Auffassung, daß es keinen Bedarf für eine Anhörung gebe. In Bayern gebe es keine Qualitätsprobleme beim Trinkwasser (Originalton MdL Heckel, CSU).

## ... IKT - intern ... IKT - intern ... IKT - intern

#### Trinkwasserveranstaltungen mit der IKT: Termine

- 26.9., 20 Uhr in Wiesenthau (FO), Gasth. Kroider, Ref.: Ethhöfer
- 27.9., 20 Uhr in Würzburg, Hofbräukeller, Podiumsdiskussion zur Landtagswahl mit Abgeordneten, BN und IKT Referenten u.a.: Schönauer und Ethhöfer
- 5.10., 20 Uhr in Hersbruck, Sparkassensaal, Ref.: Schönauer
- 19.10., 20 Uhr in Münchberg, Bürgerzentrum, Ref.: Schönauer
- 26.10., 20 Uhr in Hemau, Referent: Schönauer

#### IKT im Fernsehen

Voraussichtlich am Abend des 29.10. strahlt das 1. oder 3. Fernsehprogramm einen Beitrag über die Umweltpolitik der EG aus, in der es auch um die Trinkwasserproblematik geht. Voraussichtlich wird dabei auch IKT-Geschäftsführer Ethhöfer zu Wort kommen. Ethhöfer konnte bereits in der ARD-Sendung Globus am 16.9. die Haltung der IKT kurz darlegen.

#### Neue IKT-Broschüre im Druck

Weil die 7000 Exemplare der ersten Auflage der IKT-Broschüre "Sauberes Wasser aus eigenen Quellen" wegen der großen Nachfrage fast völlig vergriffen sind, hat die IKT diese Broschüre für die 2. Auflage gründlich überarbeitet und besonders den Sanierungsteil erheblich erweitert. So werden Beispiele für erfolgversprechende Sanierungsmaßnahmen und griffige Wasserschutzzonen veröffentlicht. Auch bei den landwirtschaftlichen Förderprogrammen und bei der Pestizidproblematik wurde die Broschüre auf den neuesten Stand gebracht.

Momentan ist die 40seitige Broschüre in Druck. IKT-Mitglieder und Abonnenten des Info-Dienstes erhalten sie im Laufe des Oktober kostenlos zugesandt.

#### Haben Sie schon Ihren Beitrag überwiesen?

Bitte überweisen Sie Ihre Beiträge nicht auf das Spendenkonto, sondern auf das normale Geschäftskonto (s. S. 1). Beachten Sie bitte auch, daß die Beitragshöhe seit dem 1.1.90 für Vollmitglieder bei 60 DM und für fördernde Mitglieder bei 40 DM liegt.

Am günstigsten wäre es für uns, wenn Sie uns eine Einzugsermächtigung zusenden würden. Wenn Sie bei Überweisungen immer Ihre Mitgliedsnummer (rechts oben auf dem Adrebaufkleber!) angeben, erleichtert dies unserem Schatzmeister die Arbeit erheblich!

#### Inhalt

Kann Fernwasser die Trinkwasserprobleme lösen?	1
Worte, die zu denken geben ...	2
... rund ums wasser	3
Wird Fernwasser knapp?	3
Mehr, aber schlechteres Fernwasser	4
Die "Fernwasser-Nationalhymne"	4
Da staunt der "Fachmann"	4
Fernwasserfürsten	5
Ansprechpartner für Anfragen aus der DDR	5
Bechhofen konsequent für Eigenwasser	5
Offenhausen will nicht an die Hammerbachtalgruppe	5
Aurachgruppe als Sprungbrett zur FWO?	6
Brunnenbauer für Kiblegg gesucht!	6
Tips für Landwirte	6
Mittlere Wurzeltiefe von Zwischenfrüchten	6
Aktion Sauberes Trinkwasser	6
wasser + recht ...	6
Gesetzentwurf über Wasser- und Bodenverbände	6
Richtwerte für Nitrat im Feldsalat	7
IG Reundorf gibt nicht auf	7
Besseres Wasser durch neue Verordnungen?	7
... firmen & adressen	7
... aus politik & verwaltung	7
Trinkwassersituation in Niederbayern	7
Stuttgarter Landesregierung soll der IKT beitreten	8
CSU lehnt Trinkwasseranhörung im Landtag ab	8
Neue IKT-Broschüre im Druck	8